

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

24. November – 1. Dezember 2023

Wendung bei der Reform des Einwanderungsgesetzes. Die Abschaffung der staatlichen Krankenhilfe (AME) für illegale Eingewanderte, die vor etwas mehr als drei Wochen vom französischen Senat beschlossen wurde, schaffte es nicht durch den Gesetzausschuss der Nationalversammlung. Sowohl Abgeordnete aus dem Lager des Präsidenten als auch aus dem linken Lager haben sich gegen diese Maßnahme ausgesprochen, die anstelle der AME die Schaffung einer medizinischen Nothilfe (AMU) vorsah. Die AMU würde nur noch eine Kostenübernahme für die Behandlung schwerer Krankheiten und akuter Schmerzen, für schwangerschaftsbedingte Behandlungen, für vorgeschriebene Impfungen und für Untersuchungen im Rahmen der Präventivmedizin betreffen.

Emmanuel Macron hat am 27. November den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und mehrere EU-Premierminister zu einem informellen Abendessen im Élysée-Palast empfangen, um die "strategische Agenda" nach den Wahlen im Juni festzulegen, wieder Élysée-Palast mitteilte. Mark Rutte (Niederlande), António Costa (Portugal), Kaja Kallas (Estland) und Luc Frieden (Luxemburg) waren anwesend. Der französische Präsident verwies bei dem Treffen auf die europäische Souveränität in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Energie, Gesundheit, künstliche Intelligenz und Ernährung.

Arbeitsminister Olivier Dussopt steht seit dem 27. November wegen des Verdachts der Vetternwirtschaft bei einem öffentlichen Auftrag im Jahr 2009 vor Gericht. Die Anklage bezieht sich auf seine Amtszeit als Bürgermeister von Annonay in der Ardèche. Die Staatsanwaltschaft fordert zehn Monate Haft auf Bewährung und 15.000 Euro Geldstrafe. Derweil hat der Gerichtshof der Republik Justizminister Eric Dupont-Moretti am Ende seines Prozesses wegen "illegaler Interessenübernahme" freigesprochen. Abgeordnete aus dem linkspopulistischen Lager prangerten eine politische Entscheidung an. Dupont-Moretti wurde verdächtigt, sein Ministeramt dazu benutzt zu haben, um zu versuchen, Disziplinarmaßnahmen gegen vier Richter zu erwirken, die während seiner Zeit als Anwalt gegen seine Mandanten ermittelt hatten.

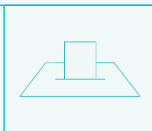
Der Preis für eine Schachtel Zigaretten wird 2025 auf 12€ und 2026 auf 13€ steigen, kündigte der Gesundheitsminister Aurélien Rousseau am 28. November an. Die rauchfreien Zonen werden auf alle Strände, öffentlichen Parks, Wälder und die Umgebung bestimmter öffentlicher Orte, insbesondere Schulen, ausgeweitet werden, kündigte der Gesundheitsminister an.

Die Pariser Verkehrsbetriebe werden zwischen dem 20. Juli und dem 8. September 2024 einen "Pass Paris 2024" einführen. Dieser wird ab Januar zum Kauf angeboten und kostet 16 Euro pro Tag oder 70 Euro pro Woche. Die erhöhte Anzahl und Frequenz der Züge werden den Großraum Paris laut eigenen Angaben rund 200 Millionen Euro kosten. Das Monatsabo der rund fünf Millionen Pendler im Großraum Paris soll nicht vom Kostenanstieg betroffen sein.

Die Ministerin für den Energiewandel Agnès Pannier-Runacher hat am 27. November die Namen der sechs neuen Gewinner des Projektauftrags "Innovative Kernreaktoren" bekannt gegeben. Die Bekanntmachung wurde kurz vor der Eröffnung der World Nuclear Exhibition, die vom 28. – 30. November in Paris stattfindet, gemacht. Die Projektausschreibung wurde im Rahmen des Plans Frankreich 2030 veröffentlicht. Vorgesehen sind rund 77,2 Millionen finanzielle Zuschüsse. Hinzu kommen 18,9 Millionen für die technische Begleitung durch die Zentralkommission für Kernenergie (CEA - Commissariat à l'énergie atomique). Die freigegebenen Beträge variieren je nach Unternehmensstruktur und Entwicklungsstand der Projekte.

Die Regierung wird 2025 eine Ausschreibung für die Errichtung von Offshore-Windparks starten, um bis 2035 eine installierte Leistung von 10 Gigawatt zu erreichen, kündigte Emmanuel Macron am 28. November an. „Im Jahr 2025 werden wir bereits zehn Gigawatt auf den Weg bringen, d. h. etwa zehn Parks, die 2030-2035 in Betrieb genommen werden“, so der Staatschef beim Wirtschaftsforum der Meere in Nantes. Mit dieser Leistung soll der jährliche Stromverbrauch von 10 Millionen Haushalten gedeckt werden.

Die IOC-Führung sieht Frankreich als Gastgeber für die Winterspiele 2030 vor. Diesen Beschluss fasste die Exekutive des Internationalen Olympischen Komitees um Präsident Thomas Bach am 29. November bei einer Sitzung in Paris. Im Rennen war auch Schweden. Die Wettbewerbe werden 38 Jahre nach den Spielen in Albertville in den Alpen stattfinden.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der französische Sozialist und langjährige Bürgermeister von Lyon, Gérard Collomb, ist am an Krebs gestorben. Als Sozialliberaler war Collomb ein "Macronist" der ersten Stunde. Emmanuel Macron ernannte ihn 2017 zum Innenminister. Collomb war von 2001 bis 2017 und von 2018 bis 2020 Bürgermeister von Lyon. Von 1999 bis 2017 gehörte er dem französischen Senat an.

DIE ZAHL DER WOCHE

Paris klettert laut The Economist auf der Rangliste der teuersten Städte der Welt nach oben. Zürich und Singapur sind direkt vor New York die teuersten Städte der Welt. Europa hat vier Städte unter den Top 10, was auf die anhaltend hohe Inflation sowie auf die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar zurückzuführen ist. Neben Zürich liegt Genf auf Platz 3 (gleichauf mit New York), Paris auf Platz 7 (vorher Platz 9), vor Kopenhagen.

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	2
9	8	2	0
			1